

1. Abgrenzung des Gegenstands

Was sind städtische Bewegungen? In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden sie erstmals in den 1960er Jahren identifiziert, obwohl Mieterbewegungen, Nachbarschaftsinitiativen, Protestbewegungen gegen Wohnungsnot und andere städtische Konflikte eine weit längere Geschichte haben. Der Terminus »städtische soziale Bewegung« jedoch wurde erst in Untersuchungen der späten 60er und frühen 70er Jahre von Manuel Castells und Pariser Kollegen eingeführt. Im Gegensatz zur damaligen Stadtsoziologie entwickelte Castells anhand von weiteren Untersuchungen städtischer Proteste in den USA, Chile und Montreal ein Konzept von Stadt als empirischem und theoretischem Feld von *Politik* (Castells 1972, 1973). Mit Hilfe einer auf dieses städtische Feld bezogenen Weiterentwicklung strukturalistischer Konzepte entwickelte Castells einen Ansatz, in dem städtischen sozialen Bewegungen nicht nur die Rolle zukam, strukturelle Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen, sondern auch die Fähigkeit, gemeinsam mit Gewerkschaften und politischen Parteien einen Machtwechsel in Staat und Gesellschaft herbeizuführen (1973: 432). Obwohl Castells diese Definition später (1983) fallen gelassen hat, verbreitete sich die von ihm geprägte Kategorie »städtische soziale Bewegung« in den westlichen Metropolen genauso wie in Lateinamerika und in anderen Schwellenländern. Sie entwickelte in der Stadt- und Bewegungsforschung ein Eigenleben, das in der Folge auch die Forschungsschwerpunkte der »new urban sociology« stark beeinflusste (Lebas 1982).

Dieses frühe Konzept von städtischen Bewegungen interessierte sich allerdings mehr für die (potenzielle) Funktion und Wirkung der Bewegungen als für ihre konkrete Entste-

hung oder ihre Mobilisierungs- und Organisationsformen. Das analytische Interesse lag auf den strukturellen Widersprüchen, denen die Bewegungsorganisationen Ausdruck zu geben schienen – und nicht auf den Ideologien, Handlungsrepertoires und Organisationsmustern der Bewegungsakteure. In den Blick kamen folglich auch nur solche städtischen Bewegungen, die gesellschaftlichen und politischen Wandel herbeizuführen schienen. »Nur stadtteilbezogene Mobilisierungen, die nicht auf die großen strukturellen Widersprüche der Klassengesellschaft zu beziehen waren, blieben unberücksichtigt.

Diese enge Definition von städtischen Bewegungen wurde Mitte der 80er Jahre unter dem Eindruck wachsender städtischer Konflikte und dem vermehrten Aufkommen von Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und Hausbesetzungen von weniger deterministischen Sichtweisen auf unkonventionelle städtische Akteure überlagert. Auch Castells definiert städtische Bewegungen nun in seinem zentralen Werk zum Thema weniger aufgeladen als »auf die Stadt orientierte Mobilisierungen, die strukturellen gesellschaftlichen Wandel beeinflussen und städtische Bedeutungen transformieren« (1983: 305). Allerdings gelten ihm nur die städtischen Bewegungen, die an drei zentralen Fronten aktiv sind, als soziale, das heißt gesellschaftlichen Wandel herbeiführende Bewegungen: nämlich die, die Kämpfe um kollektiven Konsum mit solchen um »community culture« sowie um politische Selbstbestimmung verknüpfen. »Städtische Bedeutung« zu transformieren bedeutet also, die das städtische Leben strukturierenden gesellschaftlichen Hierarchien zu unterminieren und stattdessen eine auf der Basis von Gebrauchswerten, autonomen lokalen Kulturen und dezentralisierter partizipatorischer Demokratie organisierte Stadt hervorzubringen (ebd.: 319f.).

Eine andere marxistische, aber weniger strukturalistische Tradition der Analyse städtischer Bewegungen entwickelte sich auf der Basis von Lefebvres Arbeiten zur Kritik des Alltagslebens (1958, 1961) und zur Stadt (1970, 1972). Lefebvres Konzept des Alltagslebens bezeichnet, ganz wie bei den Situationisten¹, einerseits den Ort des Widerstands gegen Entfremdung, andererseits die permanente Kolonisierung der Lebenswelt durch die Warenform. Die Kommodifizierung² sämtlicher Lebensbereiche wird durch die »verstädterte Gesellschaft«, das heißt durch den globalen Prozess der Verstädterung weltweit vorangetrieben (Lefebvre 1970: 23); gleichzeitig ist es der städtische Raum, der zu einer neuen Produktivkraft wird. »Revolutionen gehen normalerweise auf der Straße vor sich. Zeigt das nicht, dass ihre Unordnung eine neue Ordnung hervorbringt?« (Ebd.: 25) Dieser im Gefolge der 68er-Bewegung geschriebene Text begreift »Revolution« sowohl als die von oben betriebene technokratische, neoliberale Eroberung der Welt, als auch als urbane Praxis, die »bemüht [ist], dem Möglichen einen Weg freizumachen ... Sie ist daher eine *u-topische* Kritik« (ebd.: 13). Aus dieser Sicht auf Realität und Möglichkeiten der Stadt bzw. der Verstädterung der Gesellschaft

ergaben sich offenere Definitionen städtischer Bewegungen.

Daneben hatte bereits ein weiterer Strang der Stadtforschung vor allem in Nordamerika damit begonnen, die Protestbewegungen urbaner Minoritäten im Kontext der lokalen politischen Strukturen zu untersuchen (z. B. Fainstein/Fainstein 1974). Zunehmend widmeten sich lateinamerikanische Autoren der empirischen Erforschung lokaler politischer Aktionen (vgl. die Beiträge zu städtischen Bewegungen in Escobar/Alvarez 1992), und in Westeuropa begann sich die zunächst stark an der französischen Debatte orientierte Stadtforschung konkreter mit den Auswirkungen staatlicher Strategien auf städtische Bewegungen zu beschäftigen (s. Mayer u. a. 1978). In den USA, wo marxistische Traditionen weniger dominant waren, erfuhren Fragen der Mobilisierung, Organisation und des *Empowerment* diskriminierter und ressourcenschwacher städtischer Gruppen früher Aufmerksamkeit als in Europa. Die damit einhergehende breitere Definition des Gegenstands schloss folglich mehr und unterschiedlichere Typen von Mobilisierung in der Kategorie »städtischer sozialer Bewegungen« ein (vgl. Henig 1982; Davis 1991).

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Beitrag städtische Bewegungen insofern als *soziale* Bewegungen definiert, als kollektive Akteure mobilisierend in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels eingreifen, und als *städtisch*, wenn ihre Ziele und ihre Aktionsbasis auf die Stadt und dort relevante Entscheidungsprozesse bezogen sind. In der Bewegungsforschung gilt eine solche Definition allerdings keineswegs als eingeführt, denn der spezifisch räumliche Bezug (»städtisch«) stellt keine Analogie her zu anderen (neuen) sozialen Bewegungen, deren Ziele, wie in »Ökologie-«, »Anti-AKW-« oder »feministischer« Bewegung, mehr oder weniger klare inhalt-

1 Die *Situationistische Internationale* war eine Gruppe europäischer Intellektueller, die sich mit Schwerpunkt in den 60er Jahren darum bemühte, *Situationen* herzustellen, in denen die Versprechen der Kunst im Alltagsleben sichtbar werden und so das Leben zum Kunstwerk machen. Die Überwindung von Lohnarbeit, Warenform, Technokratie und Hierarchien gehört zu den politischen Ambitionen dieser kulturellen Strömung (vgl. Debord 1961).

2 Kommodifizierung bezeichnet den Prozess, in dem Gegenstände, menschliche Beziehungen und Tätigkeiten zu Waren und Dienstleistungen werden, die gekauft werden können (z. B. durch die Privatisierung öffentlicher Güter, wie etwa der Versorgung mit Trinkwasser).

liche Abgrenzungen markieren. Obendrein wurde im Diskurs der deutschen Bewegungsforschung das spezifisch Städtische zunächst meist durch andere Thematisierungen (Alternativ-, Bürgerinitiativen-, Selbsthilfebewegung usw.) verdeckt (vgl. die Beiträge in Grotian/Nelles 1983).

In der internationalen Debatte hat sich jedoch – nach und nach auch hierzulande – die oben genannte Definition städtischer sozialer Bewegungen durchgesetzt (vgl. Fainstein/Hirst 1995). Die so benannten Mobilisierungen haben sich allerdings von ihrem Ausgangspunkt, den relativ homogenen Bewegungen der 60er und 70er Jahre, die in breiten Koalitionen gegen hegemoniale städtische Eliten und ihre Politik der fordistischen Entwicklung³ mehr oder weniger vereint waren, weiterentwickelt und in den 80er und 90er Jahren zunehmend fragmentiert und differenziert. Heute existieren widerständige wie pragmatische, progressive wie reaktionäre, kleinräumig organisierte wie stadtweit bzw. auch überregional vernetzte Bewegungen in einer völlig veränderten politischen wie sozialen Landschaft. So wie es keine einheitlichen Bewegungsmuster mehr gibt, gibt es auch keine konzeptionellen Ansätze oder Deutungsmuster mehr, auf die sich die aktuelle Stadt- und Bewegungsforschung beziehen könnte. Dennoch existieren Gemeinsamkeiten in städtischen Konflikten und Bewegungen, die mehr sind als die Addition jeweils stadtpolitisch relevanter Aspekte verschiedener (neuer) sozialer Bewegungen. Städtische Bewegungen haben eigene Bewegungsmuster hervorgebracht,

3 Vor allem die Proteste der 60er Jahre waren stark geprägt von der Kritik am so genannten fordistischen Kompromiss, d. h. dem wachstumsorientierten Pakt zwischen Gewerkschaften und Kapital und seiner wohlfahrtsstaatlichen Flankierung, die während der Nachkriegsära gleichzeitig Leistungsbereitschaft wie Konsumfreudigkeit beförderten (vgl. Mayer/Roth 1995).

die trotz regionaler und nationaler Unterschiede in den Institutionen und Mechanismen, mit denen Bürger und kollektive Akteure Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen, zumindest in den OECD-Ländern strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Ausdifferenzierungs- und Fragmentierungsprozesse sowie die Ausbildung neuer kollektiver Identitäten sind in Westeuropa und Nordamerika in durchaus ähnlichen Zyklen verlaufen, was sowohl mit vergleichbaren Stadtentwicklungsprozessen und Konvergenzen in der Stadtpolitik als auch mit transnationalen Transfer- und Diffusionsprozessen innerhalb der Bewegungen zu erklären ist.⁴

2. Historische Vorläufer und Ausgangssituation

Bewegungen mit spezifisch urbanem Bezug tauchten schon lange vor den 60er Jahren auf. Sie entzündeten sich an mangelnder städtischer Wohnraumversorgung und organisierten bzw. erkämpften Lösungen für dieses Problem (wie z. B. die frühen Genossenschaftsbewegungen westeuropäischer Länder); sie skandalisierten und bekämpften die ungleiche Verteilung städtischer Dienstleistungen oder die zugrunde liegenden politischen Entscheidungsprozesse (wie die amerikanische Praxis des *Community Organizing* seit Saul Alinsky). Als Vorläufer der aktuellen städtischen Bewegungen können sie jedoch nur bedingt gelten, blieben sie doch zumeist sporadische und deshalb in der Forschung auch nur am Rande bearbeitete Phänomene. Auch die bundesrepublikanischen Städte erlebten vor Mitte der 60er Jahre eine Reihe von Pro-

4 Die DDR und auch die Anfangsjahre der neuen Bundesländer stellen daher eine Ausnahme dar.

testbewegungen (vgl. Kraushaar 1996), die jedoch kaum einen eigenen lokalen Fokus ausbildeten.

Städtische Problemlagen existierten im Westdeutschland der 1950er Jahre vor allem in Form eklatanter Wohnungsnot. Im Jahr 1950 verteilte sich die Bevölkerung auf 15,3 Millionen Privathaushalte, in denen 47 Millionen Menschen lebten – für die jedoch nur 9,5 Millionen Wohnungen zur Verfügung standen (Petzinger/Riege 1981: 38). Allerdings stieg der Wohnungsbestand dank staatlich unterstützter Neubauten rasant; in den 50er Jahren wurden jährlich zwischen 500 000 und 600 000 Wohnungen erstellt, so dass zu Beginn der 1960er Jahre bereits 16,3 Millionen Wohnungen, bis 1968 für 21,6 Millionen Haushalte (ebd.: 41). Allerdings beklagte Mitscherlich (1972) nicht nur die »Zerstörung unserer Städte«, sondern auch »die Formen ihres Wiederaufbaus« und thematisierte damit schon früh ein Problem, das erst in folgenden Jahren zu manifesten Konflikten und Bewegungen führte. »Weil die Stadtwüste wächst (...) suchen [wir] nach Einsicht, die uns befähigt, ... der grossen Stadtverwüstung und Landzerstörung Einhalt zu gebieten. Die Unwirtlichkeit unserer wiedererbauten, unentwegt in die Breite verfließenden statt kühn in die Höhe konstruierten, monoton statt melodisch komponierten Städte drückt sich in deren Zentrum ebenso aus wie an der Peripherie« (Mitscherlich 1972: 11).

Erst die als Teil bzw. in der Folge der außerparlamentarischen Opposition aufgekommenen Bürgerinitiativen, Hausbesetzungen, Kampagnen zum öffentlichen Nahverkehr sowie Kämpfe um Jugend- und Stadtteilzentren signalisierten den Beginn eines genuin städtischen Konfliktfeldes, in dem kollektive Akteure die herrschende Stadtentwicklung in Frage stellten und ein »Recht auf die Stadt« (Lefebvre 1968) einklagten. In der alten BRD war für die konkrete Herausbildung dieses neuen Akteurs die Randgruppen- und Stadtteilarbeit der Sozialarbeiter- und Jugend-

zentrumsbewegung in den 60er Jahren von besonderer Bedeutung, die zum wichtigen Vorläufer der städtischen Alternativszene wurde, die sich im Zuge der außerparlamentarischen Opposition etablierte.



**Mieter:
Ausbeutung und Widerstand**

Erste Hausbesetzung in Frankfurt am Main im September 1970

Eine fordistische⁵ Stadt- und Verkehrsplanung, der Ausbau von städtischer Infrastruktur

5 Mit »Fordismus« wird die kapitalistische Formation bezeichnet, die sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zunächst in den USA herausgebildet hat. Die Strukturmerkmale der fordistischen Vergesellschaftungsform erlauben es, den Fordismus als spezifische historische Form der kapitalistischen Gesellschaft zu identifizieren, die von Taylorismus und Massenproduktion, Individualisierung und Normierung sowie keynesianischem Korporatismus geprägt ist (vgl. Hirsch/Roth 1986: 46 ff.; vgl. auch Fußnote 1).

tur und Sozialeinrichtungen, der die Aufteilung städtischen Raums in Wohn-, Erholungs-, Einkaufs- und Industriegebiete vorantrieb und der Abriss ganzer gründerzeitlicher Stadtquartiere in der alten BRD bildeten die substantiellen Auslöser für die erste Welle städtischer Oppositionsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die westdeutschen Bürgerinitiativen gegen Sanierungs-, Infrastruktur- und Straßenbauprojekte entwickelten sich häufig aus existierenden Honoratiorenverbänden und Bürgervereinen, die zunächst professionell-orientierte Strategien (»Planungsalternativen von unten«) bevorzugten. Wenn sie sich mit unnachgiebigen technokratischen Stadtverwaltungen konfrontiert sahen, scheuten diese Akteure – ermutigt durch studentische Protestbewegungen – auch nicht vor demonstrativen Aktionen zurück. Umkämpft war dabei nicht nur der Ausbau der Infrastruktur, sondern es ging auch um deren Preis, Qualität und die Möglichkeiten der Mitgestaltung – also um die kulturellen Normen der öffentlichen Einrichtungen kollektiven Konsums – seien es öffentliche Verkehrsmittel, Kinderläden oder Schulen.

Parallel zu diesen moderaten Mobilisierungsformen formierten sich in westdeutschen Städten – wie auch in Paris, Brüssel oder Turin – Initiativen einer jugendlichen Protestbewegung, deren Hintergrund in der antiautoritären Bewegung der 60er Jahre lag. Diese radikale Oppositionsbewegung sah sich sowohl in ihren gegenkulturellen als auch ihren machtpolitischen Varianten als Angriff auf die bestehende gesellschaftspolitische Ordnung. Eine Vielzahl von Stadtteil- und Basisgruppen versuchte den Klassenkampf von der Fabrik in die »Reproduktionssphäre« zu tragen. Im Verlauf von Hausbesetzungen, Mietstreiks und Aktionen gegen Sanierung und Entmietungen entstand in vielen Städ-

ten ein Netz von selbstorganisierten Formen des Zusammenlebens und Arbeitens. Dabei bildete sich eine selbstbewusste städtische Gegenkultur heraus, mit eigener Infrastruktur aus selbstverwalteten Läden und Zentren, eigenen Zeitungen, feministischen Kollektiven und alternativen Betrieben – fähig und bereit, in die Stadtentwicklung und Stadtpolitik zu intervenieren. Je nach Profil der lokalen Linken und den örtlichen Anlässen entwickelten diese lokalen Bewegungsmilieus dabei eigene Strukturen, die auch die lokalen Formen der neuen sozialen Bewegungen prägten (vgl. Dackweiler u. a. 1990 und Roth 1994b zu den unterschiedlichen Strukturierungen der Frankfurter und Freiburger Bewegungsmilieus; Bodenschatz u. a. 1983 zu Berlin und Amsterdam).

3. Die Entwicklungslinien der Bewegung

Mit der Auflösung der Neuen Linken und dem Erstarken alternativer und »grüner« Bewegungen begannen städtische Bewegungen, eigene Konturen zu entwickeln. In dem Maße wie sich die städtischen Lebensbedingungen verschlechterten, entfalteten sich mehr und mehr neue Protestaktivitäten, die sich trotz ihrer Heterogenität zunächst an gemeinsamen Themen und Kampagnen ausrichteten, ab den 80er Jahren jedoch zunehmend auseinander entwickelten. So brachten einerseits einsetzende Professionalisierungs- und Institutionalisierungsschübe spezifische Bewegungsorganisationen hervor, bei denen Mobilisierungsaktivitäten häufig ergänzt oder überlagert wurden durch Kooperationen mit staatlichen Programmen, die als Reaktion auf die jeweiligen Konflikte und Forderungen eingeführt worden waren. Andererseits kam es, zum Teil

in Reaktion auf solche Kooptationsprozesse, zu einer Radikalisierung existierender Gruppen bzw. zu Neugründungen, die die Bedürfnisse nicht vertretener oder durch die neuen Arrangements marginalisierter Gruppen aufgriffen. Das Akteursspektrum erweiterte sich obendrein um Gruppen, die sich völlig außerhalb der gewachsenen städtischen Bewegungsinfrastruktur zu artikulieren begannen, wengleich sie Handlungsrepertoires und Organisationsmuster durchaus von existierenden städtischen Bewegungen übernahmen. So entstanden z. B. partikularistisch orientierte, auf die Verteidigung der jeweiligen städtischen Lebensqualität gerichtete und zumeist in besser situierten Mittelklasse-Vierteln basierende Initiativen.

Die Entwicklungsphasen der städtischen Bewegungen erschließen sich vor dem Hintergrund der Umbrüche in der Stadt(entwicklungs)politik, die in der Folge einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung von neuer Standortkonkurrenz und Tendenzen zur unternehmerischen Stadt sowie vom Abbau wohlfahrtsstaatlicher Programme bestimmt werden.

3.1 Die 70er Jahre: Politisierte Opposition und Ökologisierung des Protests

Mit der weltweiten ökonomischen Rezession 1973/74 waren die Grenzen des fordistischen Wachstumsmodells offensichtlich geworden; die Märkte für die Massenkonsumgüter waren saturiert, Arbeitsprozesse konnten nicht weiter zerlegt werden, und der Konsens für keynesianische Politik begann zu bröckeln. Die wachsenden Folgekosten von Massenproduktion und Massenkonsum sowie die Politisierung dieser Folgekosten drosselten die Wachstumsraten und ließen neue soziale Konflikte entstehen. Sie riefen Bewegungen auf



Kritisches Plakat zur Wohnungssituation aus den 70er Jahren (Urheber und genaue Datierung waren nicht zu ermitteln)

den Plan, die diese Kosten – die Zerstörung von Städten und Umwelt und damit die Zerstörung der Voraussetzungen von Lebensqualität *und* Wachstum – auf die Tagesordnung setzten. Die Restrukturierungsmaßnahmen, mit denen die Regierungen der OECD-Länder dieser Entwicklung zu begegnen suchten, vermehrten den Anteil der gesellschaftlichen Gruppen, vor allem die jüngeren Alters, die vom »Segen des Wachstums« ausgeschlossen blieben. So entstanden im Verlauf der 70er Jahre neue soziale und politische Träger städtischer Opposition: Alternativprojekte, Instandbesetzer und grün-bunte Parteien tauchten dort auf, wo vorher Bürgerinitiativen und Mietergruppen mobilisiert hatten. Existierende Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene wurden durch die Gebietsre-

formen der 70er Jahre wieder eingeschränkt, sodass sich die Initiativen zunehmend einem geschlossenen Wachstumskartell gegenübersehen. Dadurch wurde nicht nur eine radikal-oppositionelle Selbstdeutung der lokalen Bewegungsmilieus befördert, sondern auch das Zusammenkommen enttäuschter Bürgerinitiativen, radikaler städtischer Opposition und lokaler Projekte der Frauen-, Friedens- und Öko-Bewegungen in ersten lokalen Wahlbündnissen. Kennzeichnend für diese Phase waren die Ökologisierung des Protests und die Suche nach fundamentalen und verallgemeinerbaren Alternativen (Roth 1990).



**BÜRGERINITIATIVE WESTTANGENTE E.V.
BERLIN** (BIW) - CHERUSKERSTR. 10, 1/62

BAUBEGINN für die WESTTANGENTE.
am 14./15. März wurden 43 große Pappeln gefällt.

TRAUERMARSCH am Samstag, den 8 April
um 15 Uhr treffen am Tempelhofer Weg (Baustelle)
anschließend Information in der Cheruskerstraße



Bürgerinitiative gegen den Bau der Westtangente
Berlin, 1978

Auch in der DDR entstanden während der 70er Jahre erste Voraussetzungen für Aktionsgruppen auf lokaler Ebene, die sich ebenfalls stadtkolo-

gischen Projekten zuwandten. Ausschlaggebend war die zunächst eher moderate Kulturpolitik unter Honecker, mit der »nach 1971 wieder Voraussetzungen für die Entwicklung oppositioneller Bestrebungen gelegt« wurden (Rink 1995c: 78). Insbesondere die Einrichtung der »offenen Arbeit« leitete die Öffnung der evangelischen Kirche für Jugendliche und Studierende ein (Neubert 1997: 426 f.); Friedensgruppen wurden zur Keimzelle für andere thematische Gruppen; Klubs, Kulturhäuser und Galerien schufen die Infrastruktur für eine »Kulturopposition« (ebd.: 80). Allerdings kam es während der 70er Jahre noch nicht zu öffentlichen Protestaktivitäten.

Sowohl in Westeuropa als auch in Nordamerika gewannen dagegen bereits in den späten 70er Jahren die Versuche alternativer Projekte und kollektiver Experimente, den kritisierten staatlichen Angeboten eigene Dienstleistungsangebote, Beschäftigungs- und Wohnformen entgegenzusetzen, zunehmend an Kontur (vgl. Bertels/Nottenbohm 1983; Case/Taylor 1979). Diese ökologisch und partizipatorisch orientierten Projekte und Bewegungen entwickelten sich je nach Offenheit nationaler politischer Gelegenheitsstrukturen mehr oder weniger stark in Richtung Parteipolitik. In Westdeutschland, wo die Bewegungsgruppen sich weiterhin politisch ausgegrenzt und marginalisiert sahen, orientierten sie sich stärker auf die Gründung eigener Wahlbündnisse bzw. politischer Parteien als in Ländern, wo progressive linke Parteien für ökologische und partizipatorische Forderungen zugänglich waren. Bereits in dieser frühen Phase städtischer Bewegungen, in der sich die subkulturellen Protestmilieus stabilisieren konnten, wurden erste Indikatoren für spätere Fragmentierungsprozesse sichtbar: Auseinanderentwicklung der verfolgten Interessen, die Anfänge elektoraler Strategien sowie die Öffnung lokalstaatlicher Strukturen für Kooperations- und Koproduktionsprozesse mit

städtischen Bewegungsorganisationen, die in der BRD im internationalen Vergleich eher später einsetzen.

3.2 Die 80er Jahre: Wiederaufleben »alter« Themen und Transformation der Beziehungen zwischen städtischen Bewegungen und (Lokal-)Staat

Anfang der 80er Jahre begann in westeuropäischen Städten eine neue, massive Welle von Wohnungskämpfen und Hausbesetzungen, sodass weiterhin militante Formen der Auseinandersetzung dominierten. Der lokalpolitische Kontext, mit dem die Stadtteilbewegungen insgesamt konfrontiert waren, hatte sich jedoch inzwischen verändert. Vor dem Hintergrund schärferer fiskalischer Restriktionen und gleichzeitig steigender Kosten für die wachsenden Zahlen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern begannen Kommunalregierungen, sich für das innovative Potenzial von Stadtteilgruppen und alternativen Organisationen zu interessieren. Damit wandelte sich im Verlauf der 80er Jahre die Beziehung von städtischen Bewegungen und (Lokal-)Staat von einer konflikthaftern zu einer stärker kooperativen. In anderen Ländern, wo der Konflikt zwischen Bewegungen und Staat nicht so antagonistisch ausgeprägt gewesen war, hatte die Transformation »from protest to program« bereits früher eingesetzt.⁶

In der alten Bundesrepublik dagegen ver-

lief die Einführung vergleichbarer Programme aufgrund der konfrontativen Opposition zwischen staatsfernen Bewegungsprojekten und staatlichen Behörden, die zunächst stark auf Repression setzten, eher zögerlich. Vor allem die Besetzerbewegung der frühen 80er Jahre verschärfte die Distanz zwischen Bewegungen und Behörden zunächst beträchtlich.⁷ Auf die »neue« Wohnungsnot reagierend, die durch Spekulation, gezielte Abwertung, und einsetzende Gentrifizierungsprozesse⁸ ausgelöst wurde, besetzten Bewegungsgruppen von Januar bis April 1981 370 Häuser (vgl. Kriesi 1984; Bodenschatz u. a. 1983; TAZ-Journal Nr. 3 1981).

Führend war Berlin, wo zur Hochzeit der Bewegung circa 160 Häuser besetzt und etwa 5000 Menschen involviert waren: Das zunächst einigende Band zwischen den heterogenen Besetzergruppen löste sich allmählich unter dem anhaltenden Druck von Razzien, Räumungen und Gerichtsverhandlungen auf. Um die Früchte der Instandsetzungsarbeiten zu sichern, waren schließlich mehr und mehr Aktivisten bereit, ihre Häuser mit Hilfe alternativer Sanierungsträger zu »legalisieren« und die Hausgruppen in Vereins- oder anderen Rechtsformen zu organisieren, um staatliche Unterstützung für die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen erhalten zu können. Dem Berliner Modell folgend wurden bald auch in anderen deutschen Städten alternative Entwicklungsträger gegründet und von Kommunalregierungen beauftragt, die Förderung von Selbsthilfe und behutsamer Stadterneuerung umzusetzen. Analoge An-

⁶ »From protest to program« war das in USA häufig benutzte Motto; aber auch in westeuropäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien fand die Einbindung von lokalen Bewegungsorganisationen in Revitalisierungs- und Kohäsionsprogramme reibungsloser statt als in Westdeutschland (vgl. Müller-Münch u. a. 1981).

⁷ 1980 wurden in einer Welle von Jugendbewegungen nicht nur Häuser, sondern auch Bauplätze und Fabriken, Wälder und Landebahnen besetzt, wobei die Besetzungen stets mit einem konkreten, alternativen Ziel begründet und verknüpft wurden und die Besetzer versuchten, in Selbstorganisation dieses Ziel praktisch zu verwirklichen.

⁸ Gentrifizierung bezeichnet die bauliche und kulturelle Aufwertung von städtischen Wohnquartieren, wobei es zur Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen kommt.

näherungsprozesse fanden auch zwischen lokalen Alternativprojekten und staatlichen Instanzen statt: Um zu überleben oder um soziale Dienstleistungen zu erbringen, die es andernfalls nicht oder nur in schlechterer Qualität geben würde, überwand die Projekte ihre anfängliche Ablehnung von »Staatsknete«. Gleichzeitig entstand auf Seiten der Kommunen allmählich eine neue Sicht auf die einstigen Herausforderer angesichts fiskalischer Grenzen und der offensichtlichen Unangemessenheit traditioneller sozialstaatlicher Maßnahmen für die neuen sozialen Problemlagen. So wurden nach und nach Instandbesetzer, Alternativprojekte und Selbsthilfegruppen als Sanierungsaktivisten, alternative Dienstleistungsorganisationen oder freie Träger im Sozialbereich zu Empfängern staatlicher Fördergelder, während ihre Forderungen zum Teil in neuen wohnungspolitischen und sozialen Programmen umgesetzt wurden.

Die Aufgabe vormaliger autonomerhaltungen und selbstbestimmter Arbeitszusammenhänge zugunsten der Annahme staatlicher Förderangebote ist auch der sich in diesem Zeitraum verändernden Zusammensetzung der Alternativbewegung zuzuschreiben: aufgrund der prekärer werdenden ökonomischen Entwicklung und der Erosion vormals selbstverständlicher Transferleistungen (Bafög, Wohngeld etc.) waren mehr und mehr Aktivisten der Alternativbewegung zunehmend persönlich darauf angewiesen, sich über ihre Projekte Reproduktionsmöglichkeiten zu schaffen. In dem Maß wie Arbeitsplatzsicherung und soziale Absicherung in der Alternativszene selbst zum Thema wurden, erschienen die entstehenden Förderprogramme – auch wenn ihre Zielsetzungen sich nicht mit den Bewegungszielen deckten – in einem attraktiveren Licht als während der vorhergehenden, noch stärker von Prosperität gekennzeichneten Phase.

Insgesamt ist für diese zweite Phase städtischer Bewegungen in der BRD also die Ablösung der bisherigen Nichtkooperation mit

städtischen Behörden zugunsten einer Arbeit »sowohl innerhalb als auch gegen« den Staat charakteristisch (Mayer/Katz 1985). Die durch die dabei notwendigen Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozesse angestoßene Dynamik trennte die involvierten Organisationen allerdings zunehmend von anderen, neu entstehenden und außerhalb dieser routinierten Kooperationsbeziehungen mobilisierenden Bewegungsgruppen.

In der DDR bildeten sich im Laufe der 80er Jahre in größeren Städten wie Berlin und Leipzig, im Umfeld der Kirche und in den Nischen des staatlichen Kulturbetriebs, lokale Bewegungsmilieus heraus, wobei die erste Friedensdekade 1981 und die seither montäglich in der Nikolaikirche in Leipzig stattfindenden Friedensgebete Initialwirkung hatten. Parallel dazu entwickelte sich eine alternative Kunst- und Kulturszene,⁹ und es entstanden Ökologiegruppen, die mit Baumpflanzaktionen und Betreuung von Biotopen die städtische Lebensqualität zu verbessern suchten (vgl. Rink 1995c: 78). In der zweiten Hälfte der 80er Jahre politisierten sich die Umweltgruppen und begannen sich mit anderen Gruppen vor Ort zu vernetzen. So war in Leipzig Ende der 80er Jahre »ein relativ stabiles und aktives Bewegungsmilieu entstanden, das auch durch das Wirken der Stasi nicht mehr zerstört werden konnte« (ebd.: 80). Dieses Bewegungsmilieu war allerdings eher klein, die Gruppen waren kaum strukturiert, lösten sich nicht aus der Institution Kirche heraus und »nahmen sich selbst auch nicht als Bewegung oder kollektiven Akteur wahr« (ebd.: 81).

9 »In Leipzig wie an anderen Orten bestand eine außergewöhnlich aufmüpfige Jugendszene, die zu Hausbesetzern, alternativen Kunstszenen und zur Offenen Arbeit viele Querverbindungen hatte.« (Neubert 1997: 427)

3.3 Die 90er Jahre: Fragmentierte Bewegungsmilieus

Mit der Wiedervereinigung hat sich die Voraussetzung städtischer Protestmilieus deutlich gewandelt: »alte« soziale Konflikte, Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, traten verstärkt auf die Tagesordnung; unter dem »Diktat leerer Kassen« wurden die Grenzen kommunaler Reformen deutlich, und so manches Förderprogramm für Alternativprojekte erschien zunehmend als unbezahlbarer Luxus.

Hinter diesen Veränderungen stehen Umbrüche globalen Ausmaßes: Der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus und damit die Globalisierung des Kapitalismus ging einher mit einem Siegeszug neoliberaler Politik in den westlichen Metropolen und der Aushöhlung sozialpolitischer Errungenschaften. Die Stadtentwicklung wurde von verschärfter Konkurrenz um Standortvorteile geprägt und lokale Politik zunehmend den Imperativen wirtschaftlicher Entwicklung unterworfen. Sowohl die intensiven wirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen als auch der Aus- und Umbau von Innenstädten zu Dienstleistungszentren für Unternehmen, der im Rahmen neuer kompetitiver Formen von Stadtentwicklung in immer mehr Städten vorangetrieben wurde, produzierte für die ansässige Bevölkerung häufig unerwünschte Konsequenzen. Gegen diese formierte sich – aufgrund der Diffusion und »Normalisierung« vormals unkonventioneller Formen politischer Aktivität – nun eine Vielzahl disparater, höchst unterschiedlicher Protestbewegungen. So mobilisierten Bewegungen zur Verteidigung des Quartiers gegen die neue kompetitive Stadtentwicklungspolitik, in Quartiersentwicklung einbezogene Bewegungsorganisationen, autonome Interventionsgruppen und neue Armutsbewegungen nebeneinander und manchmal auch gegeneinander. Dabei

erfuhren die stadtteilbezogenen Bewegungen aufgrund des sozial- und stadtpolitischen Paradigmenwechsels neue Aufmerksamkeit von Seiten kommunaler wie übergeordneter staatlicher Ebenen und transformierten sich in der Folge. Die primär auf unternehmerische Stadtentwicklung setzende *New Urban Policy* wurde nämlich zunehmend flankiert durch (territorial ausgerichtete) Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Exklusion (Mayer 2003; Geddes/Benington 2001). Während das Gros der kommunalen Ressourcen weiter in die »Pfleger des Wirtschaftsstandorts« floss, wurden marginalisierte Stadtteile nun Zielscheibe einer neuen Generation von »integrierten« Handlungsansätzen, die den sublokalen Raum, also das Quartier, zur primären Ebene der Bekämpfung von Armut aktivieren und mit umfassenden Handlungsansätzen Lösungen für kumulative Benachteiligungen anbieten wollten: »Soziale Stadt« in Deutschland, »Neighborhood Renewal Fund« in Großbritannien, »Entreprises d'insertion« und »régies du quartiers« in Frankreich veränderten die Programmlandschaft, innerhalb der die lokalen Trägerorganisationen und Stadtteilaktivisten agieren.

Es dauerte nicht lang, bis die neuen staatlichen Prioritätensetzungen in den Bewegungsmilieus ihren Niederschlag fanden. Einerseits erlebten die 90er Jahre verstärkt Mobilisierungen gegen Großprojekte, die als Instrumente kompetitiver Stadtentwicklung eingesetzt wurden (vgl. Diemer 1998), und lokale »NIMBY (Not in my backyard)«-Projekte, also Mobilisierungen gegen unerwünschte Ansiedlungen und Einrichtungen. Andererseits dehnten sich die auf Quartiersentwicklung und Wohnungspolitik bezogenen Initiativen und Organisationen aus. Während die erstgenannten Mobilisierungsformen relativ spontan entstanden und meist auf eigene Finanzierungsquellen angewiesen waren, wur-

den letztere dank der neuen Programme zunehmend von staatlichen Finanzquellen alimentiert und zum Teil davon abhängig. Allerdings wurden in den städtischen Armutsvierteln und neuen Problemquartieren noch weitere Bewegungen aktiv: sowohl Bewegungen von Betroffenen (neue Armutsbewegungen) als auch eine Bandbreite von »Fürsprechern« organisierten sich hier, die von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden über kommunale Bündnisse bis hin zu politischen Aktivistengruppen und anti-rassistischen Initiativen reichen (Stiftung Mitarbeit 1995; Mette/Steinkamp 1997; Bartelheimer/von Freyberg 1997).

In den *neuen Bundesländern* vollzog sich während dieser Dekade ein rasanter Aufhol- und Anpassungsprozess: im Zeitraffer haben sich in den Bewegungsmilieus ostdeutscher Städte Entwicklungsprozesse abgespielt, die im Westen drei Jahrzehnte dauerten. Im Herbst 1989 und Anfang der 90er Jahre schoss eine Fülle von Bürger- und Stadtteilinitiativen aus dem Boden, vor allem dort, wo bereits zu DDR-Zeiten oppositionelle Subkulturen mit entsprechender Infrastruktur bestanden.¹⁰ Während die meisten sich mit Problemen der Stadtteile und ihrer Bewohner befassten und im allgemeinen Mieterinteressen vertraten, kämpften manche auch für den Erhalt gründerzeitlicher Viertel, ganz wie die Bürgerinitiativen der 70er Jahre im Westen, was in der Konsequenz zumeist auf Sanierung und Verdrängung einkommensschwacher Bewohner hinauslief. Gemessen an ihrer großen

Zahl gingen jedoch von den Bürger- und Stadtteilinitiativen nur wenige Mobilisierungen aus (Rink 1995b: 24). Anlässe dafür waren zumeist Verkehrsprojekte oder Bebauungspläne, Mieterhöhungen oder die drohende Zerstörung von Biotopen. Die größte Mobilisierung und zugleich die einzige themenübergreifende Vernetzung gelang ihnen 1993 aus Anlass der Kürzung bzw. Streichung der zunächst üppigen staatlichen Arbeitsbeschaffungs-Programme (Rink 1995b: 24).

Auch die Instandbesetzungsphase holten die ostdeutschen Städte im Schnelldurchgang nach: In den Ostberliner Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg, in Potsdam, der Dresdner Neustadt, Leipzig-Connewitz, Halle-Paulusviertel und anderen Städten entwickelten sich dank massiver Besetzungen, zum Teil ganzer Straßenzeilen, ein reges politisches und kulturelles Leben und ein Netzwerk aus politischen Gruppen (vor allem autonome und antirassistische Gruppen) sowie subkulturellen Einrichtungen (Punk- und Techno-Clubs, Kneipen, Läden, Discos, Kinos etc.). Die anfängliche Duldungsstrategie der Behörden, die auf fehlende Eigentümer und die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Macht zurückging, wurde schon 1991/92 durch einen härteren Kurs ersetzt. Dies führte, wie zuvor im Westen, zunächst zu Politisierungsschüben und stärkeren Vernetzungen zwischen verschiedenen Szenen (z. B. der Hausbesetzerkongress Mai 1995 in Leipzig), die jedoch bald in einem Nebeneinander bzw. Gegeneinander der verschiedenen Bewegungsmilieus endeten (Rink 1995b: 25; Bernt/Holm 1998). Die Professionalisierungs- und Institutionalisierungsschübe setzten ebenfalls schneller ein als im Westen. Zum einen hatte das Machtvakuum und die Zeit der »Doppelherrschaft« in der Nach-Wende-DDR mit ihren Runden Tischen dazu geführt, dass Mitglieder von Oppositionsgruppen auf lokaler Ebene schnell in kommunale Ämter und Dezernate einrückten.¹¹ Vor allem jedoch hat die be-

10 Die existierenden Gruppen lösten sich von der Kirche, schlossen sich zu neuen, autonomen (Bürger-)Bewegungen zusammen und erhielten, quasi über Nacht, Zulauf von Tausenden von neuen Mitstreitern. Allein im Neuen Forum wirkten Ende 1989/Anfang 1990 rund 70 thematische und Stadtteilgruppen in Leipzig, die bis zu 40 Mitglieder hatten. Das NF verfügte damit über circa 2000 Leute (Rink 1995c: 82).

11 Nur auf kommunaler Ebene gelang es den Bürgerbewegungen, je nach politischer Kräftekons-

schäftigungs- und arbeitsmarktpolitisch motivierte Ausweitung des zweiten Arbeitsmarkts, mit der viele Bewegungsinitiativen und Selbsthilfeprojekte gefördert wurden, dazu beigetragen, dass die ostdeutschen Projekte schneller und in größerem Umfang als im Westen auf bezahlte Tätigkeit bauten. Über die Gelder von städtischen und Landesbehörden sowie vom Arbeitsamt, die an die Erbringung von bestimmten Dienstleistungen gebunden waren, kam die Eigenständigkeit der Initiativen auch hier schnell unter Druck.¹² So wurden die Bürgerbewegungen von 1989 bald durch städtische Bewegungen ersetzt, die rasant ein Niveau an Professionalisierung und Formalisierung erreichten, das westdeutsche Gruppen viel allmählicher erworben hatten (Rucht u. a. 1997: 166; vgl. auch Probst 2002: 160 ff.).

Insgesamt hat sich das städtische Bewegungs- und Protestmilieu in den 90er Jahren also stärker ausdifferenziert. Hatte sich schon während der 80er Jahre eine verstärkte Heterogenisierung sowohl der sozialen Zusammensetzung als auch der politischen Orientierungen der städtischen Bewegungsmilieus abgezeichnet, so wurden die Spaltungen nun unversöhnlicher: Autonome Protestgruppen attackierten

tellation, einige der während der Massenmobilisierung errungenen Positionen zu halten. Die Beteiligung an kommunalpolitischer Verantwortung bewirkte aber nicht nur Erfolge (vor allem auf umweltpolitischem Gebiet), sondern absorbierte auch die ohnehin geringen Ressourcen, so dass die thematische Arbeit der Bewegungen und außerparlamentarische Aktionen fast vollständig zum Erliegen kamen. Konsequenz war die Gründung des *Bündnis 90* im Herbst 1991 und dessen Vereinigung mit den Grünen im Mai 1992.

12 »In Leipzig sind an die Bürgerinitiativen und -vereine, Frauen- und Ökogruppen mehrere hundert ABM-Stellen, durchschnittlich drei bis vier pro Gruppe, vergeben worden. (...) Vielfach kommen die ABM-Leute aus einem ganz anderen sozialen Spektrum (zum Teil werden sie vom Arbeitsamt vermittelt) und haben mit den Themen und den Anliegen der Gruppen wenig zu tun.« (Rink 1995c: 92)

alternative Sanierungsträger in Berlin-Kreuzberg; defensive Bewegungen formierten sich gegen NIMBYs, die ihre Lebensqualität nicht nur durch Schnellstraßen oder Verbrennungsanlagen bedroht sahen, sondern auch durch Asylbewerberheime und Wagenburgen. Während in früheren Phasen durchaus Überlappungen und Kooperationen zwischen Bürgerinitiativen aus der Mittelklasse und Organisationen aus Arbeiter- und Immigrantenvierteln bestanden und verschiedene Stadtteilgruppen in übergreifenden Kampagnen zusammenarbeiteten, spaltete sich das Milieu nun in je eigene und relativ unabhängig voneinander operierende Bewegungstypen, die nur noch vereinzelt in gemeinsamen Aktionen zusammenkamen. Obendrein sind rechtspopulistische Mobilisierungen und rechtsradikale Anschläge zu verzeichnen, die einen stärker werdenden Gegenpol zu den progressiven und demokratischen Bewegungen bilden. Seit den 90er Jahren haben wir es also zwar mit einer enormen Fülle von städtischen Bewegungen zu tun, die jedoch in relativer Isolation bzw. aktiver Abgrenzung voneinander agieren. Außerdem wird das bundesrepublikanische Feld keineswegs mehr von demokratisch inspirierten Bewegungen dominiert.

3.4 Jenseits 2000: Bedrohung überkommener städtischer Bewegungen – Impulse durch globalisierungskritische Mobilisierungen

Die Entwicklungslinien städtischer Bewegungen im Lauf der letzten Dekaden haben – zunächst graduell, aber mit der Jahrhundertwende unübersehbar – die Erscheinungsform der Bewegungsmilieus grundlegend transformiert. Die Ausdifferenzierung in professionalisierte, institutionalisierte und hierarchisierte

Bewegungsorganisationen einerseits und eine Vielfalt von mehr oder weniger spontanen Initiativen unterschiedlichster politischer Couleur und heterogener Interessen andererseits produzierte eine städtische Bewegungslandschaft, die kaum noch Kohärenz erkennen lässt. Während viele Partizipationsforderungen der frühen städtischen Bewegungen inzwischen in Beiräten, Runden Tischen und rechtlich vorgeschriebenen Beteiligungsformen realisiert sind und zudem eine Reihe von substantiellen Forderungen mit Förderprogrammen (in sozialen, feministischen, migrationspolitischen und anderen Bereichen) bedient werden, droht gleichzeitig in vielen Großstädten West- wie Ostdeutschlands neben den öffentlichen Räumen auch die alternative Infrastruktur und Nischenökonomie zu verschwinden. Stagnierende Wachstumsraten seit Frühjahr 2001, kontinuierlich hohe Erwerbslosigkeitsraten und eine sich vertiefende Gesellschaftsspaltung tangieren nicht nur das Feld, in dem die Bewegungen agieren (wachsende Finanzkrise der Kommunen, sozialräumliche Polarisierungsprozesse), sondern auch die Bewegungsmilieus selbst.

Mit der Umsetzung der Hartz-Reformen begannen auch in Deutschland fundamentale Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen zu greifen, die an die angelsächsische *Workfare*-Orientierung angelehnt sind (Trube/Wohlfahrt 2003; 2004). Die gesamte Breite der städtischen Programmlandschaft – ob Quartiersmanagement oder Hilfe-zur-Arbeit, Ansätze der Sozialökonomie oder »aktivierende« Sozialpolitik – betont nun Integration in den ersten Arbeitsmarkt mit Hilfe freier Träger, das heißt zumeist intermediärer oder stadtteilverankerter Organisationen. Auch die Sicherheitspolitik wird – nicht erst seit dem 11. September 2001 – verschärft und führt zu einer verstärkten Überwachung und Ausgrenzung von ausländischen und anderen als »pro-

blematisch« betrachteten Gruppen, wobei auch in diesem Bereich die Einbindung freier Träger als Sicherheitsdienstleister voranschreitet (vgl. Eick 2004).

Die städtischen Bewegungsszenen bleiben nicht unberührt von diesen Entwicklungen. Während sich ein Großteil der aus Bewegungszusammenhängen entstandenen Projekte und Träger – manche erfolgreich, viele prekär – über die Palette sozial- und arbeitsmarktpolitischer Programme reproduziert (vgl. Eick u.a. 2004), und während sich andere Initiativen seit den lokalen Umsetzungsversuchen der Agenda 21 unter dem Stichwort »nachhaltige Entwicklung« als moderate Nichtregierungsorganisationen (NGO) institutionalisiert haben (vgl. Zimmermann 1997), müssen immer mehr Gruppen die »Träume von unserem Viertel« als Illusion erkennen und die Erosion von Protest- und Widerstandspotenzialen konstatieren (vgl. Stadtrat 1998: 10). Die vormaligen günstigen Voraussetzungen für die Organisation und Verbreitung von Bewegungsthemen erodieren unter den Bedingungen von Privatisierung und Neoliberalisierung; der Großteil der Organisationen beschränkt sich zunehmend auf »das Machbare« (Bernt/Holm 1998).

Wenn dennoch eine gewisse Aufbruchstimmung zu verzeichnen ist, so liegt das an den globalisierungskritischen Bewegungen wie *Attac*, den *Sozialforen* oder *People's Global Action*, die zunehmend die *lokalen* Auswirkungen der globalen neoliberalen Umstrukturierung in den Blick nehmen sowie durch die Bildung von Ortsgruppen auch in die lokalen Bewegungsstrukturen hineinwirken.

So ist *Attac Deutschland* seit 2000 rasant gewachsen und hat inzwischen 200 Ortsverbände und 16000 Mitglieder (vgl. Kapitel 21). Die Ortsgruppen von *Attac* wenden sich den jeweiligen lokalen Manifestationen der neoliberalen Restrukturie-

zung zu, mobilisieren gegen *Cross-Border Leasing*¹³ und andere Formen der Privatisierung von Kommunalbetrieben sowie gegen Sozialabbau. Genauso versuchen die seit 2003 auch in der BRD auf lokaler Ebene gegründeten Sozialforen, die Arbeit von lokalen progressiven Initiativen, Gewerkschaften, autonomen und kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden zu bündeln. Sie orientieren sich dabei an den in Porto Alegre verabschiedeten Prinzipien der Zusammenarbeit in nichthierarchischen Netzwerken, um »von der Dynamik dieses Prozesses lokal zu profitieren« (BSF-Leitlinien 2003). Die jetzt lokal agierende globalisierungskritische Bewegung setzt auf Bündnispolitik und Vernetzung. So versuchen die Sozialforen angesichts der verschärften Angriffe auf soziale Rechte, den zersplitterten Protest von Kita-Angestellten, Studierenden, Arbeitslosen, Behinderten, Migranten und Sozialhilfeempfängern mit Gewerkschaftsbasis, Kirchenvertretern und alten wie neuen linken Organisationen zusammenzubringen. Mit ihrem politischen Netzwerk wollen sie nicht nur die Arbeit dieser unterschiedlichen Gruppen koordinieren und unterstützen, sondern vor allem auch das Klima der Resignation durchbrechen und eine öffentliche Kritik an der neoliberalen Sozialpolitik organisieren.

Noch ist allerdings nicht deutlich, ob die von den Globalisierungskritikern angestoßenen

Kampagnen neue Mobilisierungskerne generieren können. Ebenso undeutlich ist, ob die ›Aktionstage‹ gegen Sozialkahltschlag und Agenda 2010, die aus lokalen Zusammenschlüssen von Sozialforen, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen im Herbst 2003 hervorgegangen sind, die segmentierte Proteststruktur überwinden können (vgl. Perspektiven unter 7.).

4. Ideologie und Zielsetzungen

Wie der Abriss der Entwicklungslinien der städtischen Bewegungen erkennen ließ, haben sich die ideologischen Deutungen (*Frazmes*) der städtischen Bewegungen zunehmend ausdifferenziert. Dies ist insbesondere für die Bundesrepublik der Fall, wo die frühe Phase stark von einer radikalen Gesellschaftskritik geprägt war. Zwar vertraten die verschiedenen in den Hausbesetzer- und Mieterbewegungen, Verkehrsinitiativen und Jugendzentren aktiven Gruppen durchaus je eigene Interessen, die von der behutsamen Stadterneuerung und Selbsthilfe in der Wohnungssanierung über Nischen in abgesichertem Milieu, vom Kampf gegen »den Staat« zum schlichten Interesse an günstigen räumlichen Bedingungen für die jeweiligen politischen Projekte reichten. Aber dennoch war ihnen eine radikale gesellschaftspolitische Kritik gemeinsam.

Typisch für die frühe Bürgerinitiativen- und Bewegungspraxis war zudem, dass es im Lauf der Mobilisierung häufig zu Zielerweiterungen und -verschiebungen kam. Erst die »neue Generation« von Bürgerinitiativen der 80er Jahre agierte stärker pragmatisch im Sinne unmittelbarer Interessenpolitik, was von manchen Beobachtern als Tendenz zur »Dethematisierung des Sozialen« kritisiert

13 Bei diesen Verträgen mietet ein US-Trust öffentliche Infrastruktur wie U-Bahnen, Messehallen oder Kläranlagen für 99 Jahre und vermietet diese anschließend an die Kommune zurück. Weil der Trust dieses Geschäft wie eine Investition abschreiben kann, spart er dabei Steuern und gibt einen Teil davon an die beteiligte Kommune ab. Die Verträge enthalten jedoch viele Risiken, die zu hohen Schadenersatzforderungen und zum Verlust der kommunalen Einrichtungen führen können. Trotz vieler Proteste und zum Teil erfolgreicher Bürgerbegehren sind mehr als 150 CBL-Verträge von deutschen Kommunen abgeschlossen worden (vgl. Rügemeier 2004). Durch entsprechende Veränderungen in den US-Steuergesetzen wurde diese Praxis 2006 gestoppt. Die Folgen für die bereits bestehenden Leasing-Projekte sind noch nicht absehbar.

wurde. So argumentiert Krämer-Badoni (1990) auf der Basis einer Fallstudie zu Bremen, dass es den überwiegend mittelschichtgeprägten Bürgerinitiativen zunehmend um kleinkarierte Besitzstandswahrung ginge. Sie ließen sich immer weniger von den Zielen sozialer Gerechtigkeit leiten wie noch während der 70er Jahre; statt dessen seien ihre Ziele jetzt von partikularen Interessen und/oder der Verteidigung privilegierter Lebensbedingungen bestimmt (vgl. auch Krämer-Badoni/Söffler 1994). In der sozialwissenschaftlichen »Begleitforschung« werden solche Vorbehalte gegen eine bornierte, kleinbürgerliche Interessenpolitik in Bürgerinitiativen allerdings von Anbeginn vorgebracht (Roth 1998b: 9). Auch im Bereich des kollektiven Konsums verschoben sich die Ziele und Deutungen: Waren während der 80er Jahre vielfach noch ökologische Deutungen vorherrschend (bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr statt Autos), so trat in den 90er Jahren die »alte« soziale Frage in den Vordergrund: »Pinkfahr-Aktionen« richteten sich nicht nur gegen Fahrpreiserhöhungen, sondern auch gegen die Abschaffung von Sozial- und Arbeitslosentickets (Kneschke 2005: 19), und »Umsonst-Besuche« in Schwimmbädern protestierten gegen deren Privatisierung und hohe Eintrittspreise.



Hamburg, 1998

Insgesamt weitete sich im Laufe der 90er Jahre das ideologische Spektrum der städtischen Bewegungen zunehmend aus. Es umfasst nun defensive, pragmatische Bewegungen, welche bestehende Lebensqualität oder Privilegien zu verteidigen suchten, genauso wie politisierte und militante Auseinandersetzungen darüber, wem die Stadt gehören soll.

Ein Beispiel sind die Kämpfe gegen Gentrifizierung, die vor allem in Großstädten wie New York, Paris, Amsterdam und Berlin große Aufmerksamkeit erzielten. Die Bewegungen am anderen Ende des Spektrums dagegen sind meist von Mittelklasse-Akteuren getragene, auf die Verteidigung von Lebensqualität zielende Mobilisierungen zum Schutz der heimischen Umgebung: ihr Viertel soll vor zu viel Verkehr, umweltverschmutzenden Anlagen oder sonst einem im Stadtteil unerwünschten Projekt geschützt werden (vgl. della Porta/Andretta 2002; Krämer-Badoni/Söffler 1994). Solche territorialen Mobilisierungen zur Verteidigung der Stabilität des Stadtteils und des Wertes der Eigentumswohnung waren auf der anderen Seite des Atlantik mit den *Homeowners' Movements* in einigen US-amerikanischen Staaten schon früh verbreitet (vgl. Fainstein/Hirst 1994; Lo 1990). Hierzulande gewinnen sie erst mit der Ausdifferenzierung des städtischen Bewegungsspektrums Kontur. Zwischen diesen extremen Polen des Spektrums können jene lokalen Bewegungen verortet werden, deren – aus Arbeiter- und Mittelklasse kommenden – Teilnehmer gegen Probleme wie Autoverkehr, Wohnungsnot oder Produktionsstätten mit schädlichen Emissionen mobil machen, mit denen Unterschichts- oder Immigrantenviertel überproportional belastet werden (Bullard 1993). Von ihrer ideologischen Ausrichtung her sind diese eher dem progressiven Spektrum zuzuordnen, wobei jedoch nicht immer klar ist, ob sich die Mobilisierungsbereitschaft auch über das bedrohte eigene Viertel hinaus erstreckt.

Über die traditionellen Ziele der städtischen Bewegungen hinausgehende, neue Zielsetzungen

gen entstanden in Auseinandersetzung mit der in den 90er Jahren um sich greifenden Projektpolitik in der Stadtentwicklung (Festivalisierung, Attraktion von Mega-Ereignissen, Sport- und Freizeitparadiesen, Bewerbung als Austragungsort für Olympische Spiele oder Expositionen, vgl. Swyngedouw u. a. 2002). Diese Politik rief Protestkampagnen auf den Plan, die die räumliche und zeitliche Konzentration von Großprojekten kritisierten, durch die eine positive Entwicklung für die Stadt als Ganze verhindert würde. Städtische Eliten blendeten jedoch in ihrer verschärften Ausrichtung auf interregionale und internationale Konkurrenz Fragen demokratischer Planung zunächst häufig aus. So kam es immer wieder zu Protestaktionen, bei denen bisweilen städtische Initiativen gemeinsam im Namen städtischer Demokratie auftraten.

Die Erfolge im Kampf gegen solche Entwicklungsprojekte und andere Restrukturierungen, die traditionelle Quartiere in ihrer Substanz bedrohen, bewegen kapitalismuskritische Bewegungsaktivisten seither zu der Frage, ob ihre Aktivitäten, statt die eigenen Ziele zu realisieren, nicht vor allem dazu beitragen, Lebensqualität und Wohnsubstanz in bedrohten Stadtteilen für neue Verwertungszyklen zu retten: »...autonomer Kampf gegen Umstrukturierung [muss sich] die Frage stellen, ob militante Aktionen nicht nur das Korrektiv einer überhitzten Stadtplanung sind und *objektiv* lediglich für langsamere und sozialverträglicher organisierte Aufwertungsprozesse sorgen« (Blechschildt 1998: 96 f.).

Solch (selbst-)kritische Positionierung findet sich allerdings nur in einem relativ kleinen Segment der zeitgenössischen städtischen Bewegungen. Die antistaatlichen und kapitalismuskritischen Haltungen der frühen Jahre haben einem durch Einbindung in Verhandlungssysteme und Dauerkontakt mit Regie-

rungsvertretern, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Professionellen geförderten Pragmatismus Platz gemacht, in dem die unterschiedlichen ideologischen Positionen eher eine untergeordnete Rolle spielen. Im »heißen Herbst 2003«, als Schüler, Studierende, städtische Angestellte, soziale und politische Initiativen gegen die staatliche Sparpolitik protestierten, wurden viele dieser unterschiedlichen Ausrichtungen in gemeinsamen Kampagnen zusammengebracht. Dabei zielten die eher aktionistischen Teile der Bewegung vor allem auf Skandalisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit über die einsetzenden Ausgrenzungsprozesse, während die Ziele von advokatorischen Organisationen eher in der Unterstützung der von solchen Prozessen betroffenen sozialen Gruppen bestanden.

5. Organisationen und Netzwerke

Schon die frühen lokalen Bürgerinitiativen gaben sich, meist mit der Form des eingetragenen Vereins, dauerhafte organisatorische Strukturen. Sie vernetzten sich regional oder schlossen sich, wie viele Umwelt- und Verkehrsinitiativen, zu themenspezifischen Verbänden zusammen. In dem Maße, wie sich dann in den 70er Jahren in vielen Städten Westeuropas ein Netz von selbstorganisierten Formen des Zusammenlebens und Arbeitens herausbildete, entstand ein neuer politischer Akteur, der organisatorisch allerdings einigermaßen diffus erschien. Die selbstbewusste städtische Gegenkultur verfügte zwar über eine eigene Infrastruktur aus selbstverwalteten Läden und Zentren, eigenen Zeitungen, feministischen Kollektiven und alternativen Betrieben, die auch eine rege lokale und regionale Gegenöffentlichkeit entfalten. Aber ihre antiautoritären, basisdemokra-

tischen Züge widersprachen zunächst der Gründung stabiler formaler Organisationen. Zwar existierten Organisationsansätze zur Interessenvertretung auch in den militanten Kreisen der Hausbesetzerbewegung (z. B. Besetzerrat) oder bei den linken Sozialprojekten (z. B. AK Staatsknete). Aber erst die staatlichen Programme, die einen Ansprechpartner in Form eines Trägervereins oder Verbands voraussetzten, stimulierten die Herausbildung stabiler und repräsentativer Organisationsstrukturen. Damit konnten dann auch Vertreter von Alternativprojekten, Selbsthilfegruppen und Stadtteilorganisationen an Gremien beteiligt werden, die ihnen bislang verschlossen waren.

Überregionale Vernetzungen städtischer Bewegungen bildeten sich zunächst auf drei Ebenen: Die rege lokale Alternativpresse begann bereits in den 70er Jahren, sich – als Szene – zu vernetzen; im Zuge dieser Medienvernetzung nahmen die Stadtzeitungen und Szene-Blätter allerdings die Radikalität der vorangegangenen anti-autoritären Gegenöffentlichkeit allmählich zurück (vgl. Roth 1991: 272). Nach dem »Deutschen Herbst« 1977 verstärkte sich das Bedürfnis gegenkultureller Milieus, Einfluss auf institutionelle Politik zu nehmen, worauf die Gründung der »tageszeitung« als übergreifendes Szene-Produkt zurückzuführen ist.

Eine andere Ebene überregionaler Vernetzung entstand ebenfalls 1978 mit dem »Netzwerk Selbsthilfe« zur Finanzierung alternativer und politischer Projekte. Das in Berlin gegründete Netzwerk hatte bereits nach einem Jahr über 6000 Mitglieder und breitete sich im Lauf der 80er Jahre über die Bundesrepublik aus; in der Hochphase Mitte der 80er Jahre bestanden 30 Netzwerke auf lokaler und regionaler Ebene; das Gesamtfördervolumen betrug circa eine Million DM jährlich (Sosna 1991: 299). Dieses verknüpfende Dach für



Aktion »TUWAT«: Tuwat-Zentrale in Berlin-Kreuzberg, 1981

die Projekteszene trug sowohl zum überregionalen Erfahrungsaustausch als auch zur Professionalisierung und Pragmatisierung der geförderten Projekte bei.

Schließlich entstand mit den *GRÜNEN* eine weitere Ebene organisatorischer Kristallisationskerne für städtische Bewegungen, repräsentierte die Partei bei ihrer Gründung 1980 doch die politischen Momente der Bewegungsszenarie auf Bundesebene. Grüne, Bunte und Alternative Listen, die bereits seit 1978 in Kommunalparlamenten vertreten waren, erzielten in den frühen 1980er Jahren in großen wie kleinen Städten so starke Wahlerfolge, dass »ganze Orts- und Kreisverbände bzw. deren aktive Basis (...) sich fast nur noch und ausschließlich mit Kommunalpolitik (beschäftigten)« (Lommer/Rieß 1985: 9). Auf die wachsende Nachfrage nach kommunalpolitischer Kompetenz und überregionaler Koordination reagierten die Aktivist*innen mit der Gründung der Zeitschrift »Alternative Kommunalpolitik«. Diese wurde zu einem Diskussionsforum nicht nur für das (zunehmend ambivalenter werdende) Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und

GRÜNEN, sondern auch für all die pragmatischen Probleme und Konflikte aus dem Alltag der Grünen und Alternativen Ratsfraktionen; sie verhalf zu überregionaler Koordination und Erfahrungsaustausch auch durch Konferenzen und Publikationen, wobei sich der Fokus – analog der Entwicklung der Grünen Partei – zunehmend weg von der außerparlamentarischen Aktion verlegt hat.

Die aktionistisch orientierten Gruppen, die in den späten 80er Jahren in der DDR erstarkten, waren eher lose Netzwerke und unterhielten auch kaum Kontakte untereinander. Versuche, eigenständige lokale Netzwerke aufzubauen, scheiterten in der DDR an der Zersetzungsarbeit der Stasi. Überregionale Koordination fand lediglich in friedens- und umweltpolitischen Netzwerken (*Frieden konkret*, *Netzwerk Arche*) statt. In der heißen Phase der Revolution wurden insbesondere die Stadtteilgruppen des *Neuen Forums* zu Vernetzungspunkten zwischen den unterschiedlichen Teilen der Bewegung – allerdings nur für kurze Zeit (vgl. Rink 1995c: 83). Seit 1990 institutionalisierte und parlamentarisierte sich ein erheblicher Teil der Bewegung zum *Bündnis 90* bzw. *Bündnis 90/DIE GRÜNEN*, womit die kommunalpolitischen Strukturen sowohl Chancen als auch Restriktionen für die Handlungsfähigkeit der Bewegungen eröffneten. Parallel gründeten sich 1990/91 Dutzende von neuen Gruppen, Projekten und Initiativen vor allem zu Themen wie Wohnen, Stadtsanierung, Soziales und Verkehr, die in ihrer Struktur stärkere Parallelen zu den (früheren) westlichen Bewegungen aufwiesen.

Die organisatorische Infrastruktur der städtischen Bewegungen, die in den frühen Phasen eher von Stadtteilversammlungen, Besetzerplena und Jugendzentren geprägt und relativ autonom definiert war, transfor-

mierte sich also im Lauf der 80er Jahre – im Westen allmählich, im Osten während der 90er Jahre rasant: Signifikante Teile der Bewegungslandschaft haben sich sozial hierarchisiert und professionalisiert. In den neuen Bundesländern, wo sich nach zum Teil spektakulären öffentlichen Aktionen schon in den frühen 90er Jahren ein Rückzug auf die Probleme der jeweiligen Viertel vollzog, fand die lokale Orientierung auch organisatorischen Ausdruck in Ressentiments gegenüber Dachorganisationen und Netzwerken (Rink 1995b: 24). Parallel entbrannten Konflikte zwischen neu entstandenen, spontan bzw. locker organisierten Initiativen und den zunehmend als »etabliert« betrachteten, in staatliche Programme oder politische Parteien eingebundenen Bewegungsorganisationen. Darüber hinaus floriert jedoch eine Fülle von Gruppen und Grüppchen, Arbeitslosen-Initiativen und Agenda 21-Gruppen, Sozialforen und Anti-Hartz-Gruppen. In neuen Kampagnen entstehen neue Vernetzungen und Koalitionen – gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Kriminalisierung, gegen neue Sicherheits- und Überwachungsstrategien –, die wieder stärker antihierarchisch orientiert sind. Dennoch streben auch sie überregionale Vernetzungen an. Insbesondere im Zusammenhang der genannten übergreifenden Themen, die stark durch globale und nationale Entwicklungen auf die Tagesordnung gesetzt wurden, gewinnen bundesweite Zusammenschlüsse und Lobby-Organisationen an Präsenz. Seit den 90er Jahren etablierten sich Interessenverbände der freien Träger, wie die *Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Arbeit e. V.* Überregionale Zusammenschlüsse der auf lokaler Ebene gegen Privatisierung und Sozialabbau mobilisierenden Gruppen (befördert durch die (inter)nationalen Strukturen von *Attac* und Gewerkschaften) wurden erst in den letzten Jahren gegründet. Sowohl die Sozialfo-

ren¹⁴ in 28 deutschen Städten als auch die *Attac*-Ortsgruppen in circa 200 Städten der BRD stellen gleichzeitig Netzwerk- als auch Mitgliedsorganisationen dar; darüber hinaus versuchen sie, neue lokale Koalitionen auch mit nicht der Bewegungsszene zugerechneten Partnern zu schmieden (Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Teile der lokalen Verwaltung). Von diesen neu auf den Plan getretenen Netzwerkorganisationen könnte also ein wesentlicher Impuls zur Konsolidierung und Professionalisierung der lokalen Bewegungs-Infrastrukturen ausgehen.

Entsprechend der Ausdifferenzierung des Bewegungsmilieus in freie Träger, die zunehmend in staatliche Förderprogramme eingebunden sind, autonome, mehr oder weniger sporadische Initiativen und Kampagnen mit entsprechend temporärer organisatorischer Infrastruktur, und schließlich Ortsgruppen der globalisierungskritischen Netzwerkorganisationen haben wir es nun nicht nur mit recht unterschiedlichen Organisationsstrukturen, sondern auch mit einer Diversifizierung der Ressourcen in diesen Lagern zu tun. Während in den frühen Phasen der städtischen Bewegungen vor allem der Sozialstaat direkt und indirekt die Aktivitäten der Bewegungen finanzierte, kommen die Ressourcen der unabhängigen Bewegungen nun in erster Linie aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, wohingegen die als freie Träger und soziale

bzw. quartiersbezogene Dienstleister operierenden (ehemaligen) Bewegungsorganisationen sich über kommunale und übergeordnete staatliche Programme finanzieren.

6. Strategien und Aktionen

Die Strategien der städtischen Bewegungen beinhalten ein umfassendes Repertoire von Aktions- und Protestformen, wobei sich phasenweise unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet haben. Während in der Frühphase die Bürgerinitiativen neben kooperativen und öffentlichkeitsbezogenen Praxisformen bald verstärkt von demonstrativen und konfrontativen Protestaktionen (Platzbesetzungen, Straßensperrungen, Instandbesetzungen) Gebrauch machten, waren diese Formen bis zum Ende der 80er Jahre alltäglich geworden, hatten ihren Überraschungscharakter verloren, und mehr und mehr Menschen nahmen diese Form der politischen Partizipation für sich in Anspruch. 1989 konnten in Bevölkerungsumfragen bereits 51 Prozent der Befragten sich vorstellen, bei einer Bürgerinitiative Mitglied zu werden oder dort mitzuarbeiten (Kaase/Neidhardt 1990: 18). Doch wegen der recht begrenzten Erfolge der Bewegungen aufgrund des abgeschotteten deutschen politischen Systems kam es schon Ende der 1970er Jahre mit den alternativen, grünen und bunten Listen zur Entwicklung elektoraler Strategien, das heißt zu einer Parlamentarisierung.

Zunächst waren allerdings andere Strategien vorherrschend. Die für städtische Bewegungen zentralen Proteste gegen Einschränkungen des kollektiven Konsums manifestierten sich in den 70er Jahren in vielfältigen lokalen Mobilisierungen: Ob Kinderläden, Schulen oder öffentliche Verkehrsbetriebe,

14 Beim Weltsozialforum in Porto Alegre wurde beschlossen, zusätzlich zu den weltweiten Megatreffen auch auf regionaler Ebene Foren zu initiieren, um über die spezifischen Anliegen einer Region zu beraten. In Europa begann dieser Prozess 2002 in Florenz, das 2. Europäische Sozialforum fand 2003 in Paris statt, das 3. 2004 in London. Das erste lokale Sozialforum in Deutschland wurde 2002 in Tübingen gegründet; ein Jahr später, drei Monate nach dem ESF in Florenz entstand die *Initiative Berliner Sozialforum* (IBSF) (Haberland 2005).

stets ging es um Preis, Qualität und Mitgestaltung dieser öffentlichen Infrastruktur. Dabei wurden direkte Aktionen, Demonstrationen genauso wie Selbsthilfe-Maßnahmen eingesetzt. Bereits 1968 wurden mit den Rote Punkt-Aktionen in Hannover Fahrpreiserhöhungen rückgängig gemacht. Diese Strategie – ein Punkt am Auto signalisierte, dass Anhalter mitgenommen werden – wurde von Fahrpreisgruppen in anderen Städten aufgegriffen. Teuerungen bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben lösten aber auch militante Protestformen (Kneschke 2005: 19) und in den folgenden Jahrzehnten Aktionen des zivilen Ungehorsams aus.

Während die elektoralen Strategien schließlich in der Gründung der Grünen Partei mündeten, wurde für das städtische Bewegungsmilieu die Strategie der Beteiligung – als freie Träger, alternative Sanierungsträger oder Dienstleistungserbringer – an staatlichen Programmen besonders folgenreich.

Seit Mitte der 80er Jahre wurden die (im internationalen Vergleich besonders autonomen und staatsfernen) bundesdeutschen Bewegungsprojekte Empfänger von »Staatsknete« oder fanden sich als Modellprojekte im Rahmen von kommunalen Beschäftigungs- und Sozialprogrammen wieder. Während diese Programme zunächst bereichsspezifisch organisiert waren – in der Stadterneuerung, in sozialen oder Frauenprojekten – und nur ein Teil von ihnen explizit mit ökonomischer Reproduktion und Arbeitsmarktproblemen befasst war, wird inzwischen ein »ganzheitlicher«, das heißt übergreifender Ansatz betont. Diese Entwicklung kam nicht nur deshalb zustande, weil Arbeitsplatzsicherung und soziale Absicherung innerhalb der Alternativszene selbst ein wichtiges Thema geworden war, sondern auch weil die Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten seit Ende der 80er Jahre die Projekte mehr und mehr zu einem Arbeitsmarktanschluss drängten oder sie in territorial ausgerichtete Quartiersmanagement-Programme einbauten. Die in den neuen Bundeslän-

dern seit 1991 aufgelegten, noch umfangreicheren Förderangebote und Arbeitsmarktinstrumentarien beeinflussten den Strategiewandel der dortigen Bürgerbewegungen entsprechend rasanter.

Im sich seit den 90er Jahren zunehmend fragmentierenden Feld städtischer Bewegungen haben sich neben diesen Strategien routinemäßiger Kooperation jedoch auch andere weiterentwickelt: Die pragmatisch orientierten Bürgerinitiativen eigneten sich eine Bandbreite von Handlungsrepertoires und Taktiken an, von Unterschriftensammlungen über politisches Lobbying und Gerichtsverfahren bis hin zu Straßenkonfrontationen. Die gegen Großprojekte und andere stadtpolitische Instrumente der Restrukturierung mobilisierenden Kampagnen schafften es häufig, verstreute und eher kleinräumig operierende Bewegungsgruppen in breiten Koalitionen zusammenzuführen, wie zum Beispiel in der Olympia-Kampagne in Berlin 1991 bis 1993. Die neuen Armutsbewegungen dagegen wählen, da ihre Ressourcen primär in ihren Körpern und ihrer Zeit bestehen, meist spontane und episodische Protestformen, die lokal begrenzt und disruptiv in der Strategie sind (z. B. die Berliner Schwarzfahr-Aktionen gegen die Abschaffung von Sozialtickets im ÖPNV).

Solchen Armutsbewegungen (z. B. Obdachlosen) gelingt es mitunter, im Widerstand gegen Vertreibungsmaßnahmen, bei der Errichtung von Zeltstädten, der Organisierung öffentlicher Foren und der Auseinandersetzung mit politischen Repräsentanten, Solidarität, politisches Bewusstsein sowie eine organisatorische Infrastruktur zu entwickeln. Wo politische Unterstützergruppen, die über mehr Ressourcen verfügen, sich der Probleme der Obdachlosen annehmen, oder wo professionelle Aktivistengruppen solchen Organisationen ihre Ressourcen zur Verfügung stellen, konnten häufig dauerhafte und effektive Mo-

bilisierungen erreicht werden (vgl. Péchu 1996). Wegen der zunehmenden räumlichen Konzentration von Armuts- und Stigmatisierungsphänomenen kommen seit den 90er Jahren auch in Deutschland eher nordamerikanische Varianten von »advocacy« zur Anwendung: Sozial- und Gemeinwesenarbeiter versuchen zum Beispiel über den Verein *Forum für Community Organizing*, die territorial-bezogenen Strategien amerikanischer Stadtteilarbeit für hiesige Verhältnisse zu adaptieren (vgl. FoCo 1996). Auch autonome Bewegungen und antirassistische Initiativen skandalisieren die Produktion der neuen Armut und Obdachlosigkeit. Antirassistische Initiativen, wie sie in britischen, französischen und holländischen Städten schon seit längerem mobilisieren, sind seit den späten 90er Jahren auch in Deutschland aktiv – als Reaktion auf zunehmende Polizei-Razzien, die zur »Säuberung« der Innenstadt-Zitadellen von Immigranten und Armen durchgeführt werden. Im Juni 1997 und im Juni 1998 fanden in 20 Städten der BRD und der Schweiz »Innenstadt-Aktionswochen« statt, mit denen ein breiteres öffentliches Bewusstsein über diese Vertreibungspraktiken hergestellt und öffentlicher Druck dagegen intensiviert wurde (Rada 1997; SpaceLab 1998).

Ähnlich den Innenstadtaktionen, die sich mit provokativen Interventionen gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums richteten, begann in Großbritannien die Idee von *Reclaim the Streets* mit Protestparties an diversen strategischen Orten. Diese sollten für eine temporäre Durchbrechung der üblichen Nutzung von öffentlichem Raum sorgen und kulminierten am 18. Juni 1999 (»J18«) in einem als Karneval angekündigten Aktionstag im Zentrum der Finanzunternehmen, der hermetisch überwachten Square Mile der City of London (McKay 1998; Brünzels 2001; Pohlisch

2002). Diese Aktion war Teil einer weltweiten Strategie: Lokale Gruppen in mehr als 40 Städten protestierten mit ähnlichen Straßenparties und *Happenings* gegen den zeitgleich in Köln stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel. Im Rahmen solcher unangemeldeter Straßenparties und *Happenings* kommt es zu punktuellen Grenzüberschreitungen, die bisweilen in der Ambivalenz zwischen Karneval und Protest verharren, aber im Rahmen der jüngeren Anti-Globalisierungsproteste eindeutig als politische Proteste wahrgenommen werden. Der Protest entzündet sich dort, wo die neoliberale Globalisierung sinnlich greifbar wird. Waren es in London vor allem die großen Banken und Konzernzentralen, die als Repräsentationen des globalen Machtzusammenhangs attackiert und symbolisch »wiederangeeignet« wurden, so persiflierten die Innenstadt-Aktionen oder die *Happenings* zur »Sicherheitskontrolle« die zunehmende Überwachung und Privatisierung des öffentlichen Raums, indem sie die Affirmation dieser Entwicklung auf die Spitze trieben (vgl. Häfele/Sobczak 2002; Becker 2001).

Auch *Attac* und die Sozialforen in Deutschland bedienen sich bei ihren Aktionen eines breiten Repertoires. Wo sie gegen Sozialabbau mobilisieren, veranstalten sie Protestmärsche wie zum SPD-Sonderparteitag im Juni 2003 (auf dem die Agenda 2010 von der Parteibasis gebilligt wurde), Besuche von SPD- und Grünen-Parteizentralen, Großdemonstrationen wie die gegen die rot-grünen Reformen am 1. November 2003, aber auch *Happenings* im Arbeitsamt, um das Sortieren der Leistungsempfänger zu kritisieren, oder Besetzungen wie die einer leer stehenden Kita in Berlin, um ein Soziales Zentrum zu etablieren. Wo sie die globalisierungskritische Kampagne in die Städte tragen, organisieren sie Proteste und Bürgerentscheide gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wie kommu-

naler Versorgungsbetriebe. Vor allem gegen die Veräußerung öffentlicher Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge mobilisieren sie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. In vielen Städten sind Privatisierungen durch Proteste oder Bürgerbegehren gestoppt worden, so z. B. der Plan, das Frankfurter U-Bahn-Netz zu veräußern. Diese Aktionen sind regelmäßig unterfüttert durch Gegeninformationen sowie eine professionelle Pressearbeit.

Aktionsformen der städtischen Bewegungen transformieren sich also unter den aktuellen Bedingungen insgesamt stark in Richtung medienbezogene, professionell organisierte Veranstaltungen; ihre Strategien zielen stärker auf Vernetzungen und Koalitionen – auch mit Bündnispartnern außerhalb der Bewegungsszene –, um den Anliegen breitere Öffentlichkeit zu verschaffen und die Widerstandsfront (vor allem gegen Privatisierung und Sozialabbau) zu verbreitern. Koalitionen sollen die spezifischen Schwächen der einzelnen Bewegungsgruppen und die Segmentierung des Protests überwinden. Diese Aktionsformen sind allerdings besser dazu geeignet, Entscheidungsträger zu beeinflussen, als eine kollektive Identität in den eigenen Reihen zu stiften und Anhänger zu rekrutieren.

7. Wirkungen und Perspektiven

Während der Druck der städtischen Bewegungen die Bürgerbeteiligung bei kommunaler Planung in vielerlei Hinsicht vorangebracht hat (s. Bürgerkommune), ist zunehmend ein nicht zuletzt durch die fortschreitende Privatisierung entstandener Verlust kommunaler Handlungsfähigkeit zu beobachten. War für die Bewegungen der 70er und 80er Jahre die Kommune noch der

richtige Adressat, so scheinen ihre Zuständigkeit und Kompetenz zu schwinden. Dieser Verlust des relevanten Gegenspielers trägt sicherlich zur verstärkten transnationalen Orientierung der städtischen Bewegungen bei. Ganz so wie die Stadtsoziologie schon seit längerem beobachtet, dass die Dynamik der Stadtentwicklung von der globalen Standortkonkurrenz ausgeht, versuchen die Bewegungen dieses Terrain zu besetzen: Es kam zu einem Aufschwung der globalisierungskritischen Suchbewegung und einem lebhaften Reisetourismus nach Porto Alegre, Seattle, Genua oder Florenz (vgl. Kapitel 21 in diesem Band). Bei Gipfeltreffen von Regierungsvertretern oder internationalen Wirtschaftsorganisationen treten neben den neuen transnationalen Netzwerken und Organisationen wie *Global Action Network*, *Attac* etc. auch die Organisationen auf, die das Bewegungsmilieu der jeweiligen Stadt vertreten. Bei jedem dieser Protestereignisse kommt es zu »glokaliserten« Erfahrungen, zum Austausch zwischen spezifisch lokalen und transnationalen Bewegungen und zum Austausch zwischen lokalen Bewegungen aus verschiedenen Herkunftsländern. Weniger sichtbar sind die vielfältigen virtuellen Netzwerke und Kontaktformen, mit deren Hilfe diese globale Bewegungsszene auf all diesen Ebenen mobilisiert (vgl. Köhler/Wissen 2003).

Zeichnet sich also mit Blick auf die Themen der städtischen Bewegungen eine (Re-) Lokalisierung der auf globaler Ebene identifizierten Probleme ab, so deutet sich in formaler Hinsicht ebenfalls die Übernahme von Mustern an, die zunächst eher von trans- und international arbeitenden Organisationen bekannt waren. Beobachter charakterisieren die sich mehr und mehr durchsetzende professionelle Öffentlichkeitsarbeit, die gezielte Medienorientierung und ein flexibles Handlungsrepertoire, das sich sowohl pragmatischer wie

militanter Aktionsformen bedient, als schleichende »NGOisierung«. Wie ihre auf globaler Ebene agierenden Verbündeten in Seattle, Prag oder Genua kämpfen die lokalen Bewegungsorganisationen sowohl innerhalb der Verhandlungszentren als Repräsentanten bestimmter Betroffenenengruppen und als Partner von Behörden- und Wirtschaftsvertretern, als auch auf der Straße mit Demonstrationen, Besetzungen und kreativen Protestinszenierungen. Diese Art der Doppelstrategie sowie die zunehmende Professionalität und Medienkompetenz in *beiden* Dimensionen, als Verhandlungspartner wie als Bewegungsaktivisten, gilt zunehmend nicht nur für die globalisierungskritischen NGOs, sondern auch für die mit ihnen kooperierenden und koalierenden städtischen Bewegungsorganisationen.

Ein weiterer Trend, der für die Zukunft städtischer Bewegungen prägend sein wird, ist das Aufgehen signifikanter Teile derselben im Dritten Sektor¹⁵, da das Aktivierungspotenzial von lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen im Rahmen neuer sozial- und integrationspolitischer Ansätze gefördert wird (vgl. Moulaert u. a. 2000; Deutsches Institut für Urbanistik 2002). Vor allem quartiersorientierte Bewegungsorganisationen sind durch die Dezentralisierung von Ressourcen und Verantwortlichkeiten auf lokale Behörden und nichtstaatliche freie Träger zu Partnern in der Politikentwicklung und Umsetzung von Programmen geworden. In der noch fordis-

tisch geprägten Hochphase der frühen städtischen Bewegungen galten weder soziale Sicherung noch Arbeitsmarktintegration als Aufgaben des Dritten Sektors. Damals erschien die zivilgesellschaftliche Sphäre völlig getrennt vom Arbeitsmarkt und seinen Institutionen als unpolitische Sphäre freier Assoziation. Seit jedoch neoliberale Politik Armut und Marginalisierung nicht mehr ignoriert (wie noch in den 80er Jahren), sondern sie mit gezielten Programmen gegen Armut, Erwerbslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Kriminalität durchdringt, steuern Strategien für »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« diese Zonen bzw. die sich ihrer Entwicklung annehmenden Organisationen in eine sehr spezifische Richtung: Sie sollen »soziales Kapital« entwickeln (Mayer 2002). Durch die Betonung von räumlicher Identität, die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Interessengruppen und die (arbeitsmarktbezogene oder unternehmerische) Aktivierung von Betroffenenengruppen schaffen diese Programme eine wichtige Rolle für die lokalen Drittsektor-Gruppen in diesem Zusammenhang. Viele ehemalige Bewegungsorganisationen sind aufgrund ihrer Fähigkeiten, lokale Selbsthilfepotenziale zu mobilisieren und Netzwerke im Quartier zu entwickeln, relativ nahtlos in diese Rolle hineingewachsen. Ihre Verankerung in der lokalen Zivilgesellschaft und ihre auf Solidarität basierende Handlungslogik prädestinieren sie geradezu zur Ausführung dieser »Aktivierungs- und Integrations-Programme gegenüber städtischen Armutspopulationen.

In den angelsächsischen Ländern, wo die Einbeziehung lokal verankerter *Community Organizations* in Planung und Implementierung von Entwicklungs- und Erneuerungsprogrammen schon länger Teil unternehmerischer Stadtpolitik ist, zeichnen sich die ambivalenten Effekte dieser neuen Vertragsbeziehungen für die ehemaligen

15 Der Dritte Sektor meint zwar – gegenüber dem Bereich der Wirtschaft und des Profits (erster Sektor) und dem des Staats und der hierarchischen Bürokratie (zweiter Sektor) – die Bereiche, in denen es weder um Profit noch um Hierarchie, sondern um politisches und soziales Engagement geht, bezieht sich aber weniger auf soziale Bewegungen als vielmehr auf gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände, also Nonprofit-Organisationen (vgl. Birkhölzer u. a. 2004).

Bewegungsorganisationen bereits deutlich ab. In einer Gratwanderung zwischen sozialer und ökonomischer Arbeit reproduzieren sie sich inzwischen über nachbarschaftsorientierte Waren- und Dienstleistungsangebote, über territorial orientierte Entwicklungsmaßnahmen oder als lokale Beschäftigungsinitiativen. Frühere Ansprüche – Problemgruppen zu *empowerment* zu verhelfen oder gar gesellschaftliche Strukturen zu verändern – haben sie meist aufgegeben zugunsten von eigenen Reproduktionsinteressen. Nur unter sehr spezifischen Bedingungen gelingt es noch, staatliche Programme für selbstbestimmte Ziele und soziale Auseinandersetzungen zu nutzen (Fisher/Kling 1993; Hamel u. a. 2000; Amin u. a. 2002).

Damit zeichnen sich für die städtischen Bewegungsakteure neue strukturelle Probleme und Dilemmata ab. Mehr als je zuvor finden sie sich eingebettet in bürgerschaftlich eingefärbte bzw. »aktivierende« Diskurs- und Programmmzusammenhänge; die Vertrags- und Konkurrenzstrukturen dieser Einbettung produzieren gleichzeitig neue Ungleichheiten sowohl unter den Trägerorganisationen als auch den Klientelgruppen. Je stärker die Einbindung der Bewegungsorganisationen in lokale Entscheidungsabläufe und Umsetzungsprogramme stattfindet, umso leichter werden sie für die Konsensbeschaffung instrumentalisiert. Das Dilemma, sich gleichzeitig als Träger antagonistischen Widerstands *und* Agenten der Modernisierung lokaler Wirtschafts- und Governance-Systeme zu erfahren, macht die praktische Arbeit dieses Teils des städtischen Bewegungssektors zur besonderen Herausforderung.

Nicht übersehen werden darf, dass diese Trends im Kontext massiven Sozialabbaus, des Ausverkaufs nicht nur des kommunalen Tafelsilbers sondern auch des Eingemachten (Müller 2003), der Schließung öffentlicher Freizeiteinrichtungen, massiver Mittelkürzungen für feministische Einrichtungen,

Selbsthilfezentren, HIV/AIDS-Arbeit, Migranten-Projekte und vielem mehr stattfinden, womit die sozialen Problemlagen absehbar verschärft werden. Gleichzeitig betreffen diese Abbau- und Kürzungsmaßnahmen auch die Bewegungsinfrastrukturen und »befreiten« Räume, die sich die Alternativbewegungen der 70er Jahre erkämpft hatten. Insgesamt betrachtet, ergibt sich also für die städtischen Bewegungen ein Bild, das dem der anderen neuen sozialen Bewegungen ganz ähnlich ist. Auch sie verlaufen in Zyklen. Machten die Politisierungsschübe der 60er und 70er Jahre mit ihren Hausbesetzer- und Jugendbewegungen die Stadt zum Zentrum der Mobilisierungen, die einen breiten und relativ erfolgreichen Kampf um alternative Lebensformen führten, so geht es in den heutigen Kämpfen um die Nutzung von städtischen Räumen viel stärker um den Widerstand gegen und die Skandalisierung von Armuts- und Ausgrenzungsproblemen. Allerdings geschieht dies zunehmend unter Bedingungen, unter denen die eigentlich bekämpfte Privatisierung und Kommodifizierung Teile der Bewegungen zunehmend selbst stärker erfassen und prägen.

8. Weiterführende Literatur

Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots*, London

(Diese Monographie gilt nach mehr als 20 Jahren noch immer als der Klassiker zu Theorie und Empirie städtischer Bewegungen. Aufgrund breit angelegter Studien definiert Castells hier städtische soziale Bewegungen als Kämpfe um kollektiven Konsum, »community culture« und politische Selbstbestimmung.)

Hamel, Pierre/Lustiger-Thaler, Henry/Mayer, Margit (Hg.) (2000): *Urban Movements in a Globalizing World*, London

(Dieser Band kontextualisiert städtische Bewegungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts innerhalb der durch die Globalisierung veränderten (national und lokal unterschiedlichen) Bedingungen, wobei der Fokus allerdings – bis auf ein Kapitel zu Osteuropa – auf westlichen Metropolen liegt.)

Grottian, Peter/Nelles, Wilfried (Hg.) (1983): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel

(Inzwischen etwas veraltet, aber einer der seltenen Bände, die sich mit Theorien und empirischen

Befunden zu westdeutschen städtischen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre als Teil der neuen sozialen Bewegungen auseinandersetzen.)

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3/4 (1990): Großstadt und neue soziale Bewegungen

(Dieses Heft vereint wichtige Beiträge zum Forschungsstand der frühen 90er Jahre sowie internationale Fallbeispiele städtischer Bewegungen.)